

A stylized map of Sri Lanka composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific locations or regions.

## Sri Lanka nach den Wahlen 2010: Ein »Familienunternehmen«?

JOACHIM SCHLÜTTER

Juli 2010

- Als Gewinner des Krieges gegen die LTTE und mit Hilfe einer gelähmten Opposition ist es dem sri-lankischen Präsidenten Rajapakse und seinen Familienmitgliedern gelungen, ihr Regime zum populärsten seit der Unabhängigkeit Sri Lankas zu machen. Die Rajapakses machen das Land Sri Lanka zu ihrem »Familienunternehmen«. Mit dem Volk hat das »Unternehmen« eine solide Basis. Jedes Engagement der internationalen Gemeinschaft in Sri Lanka muss sich dieser politischen Realitäten bewusst sein und nach praktikablen Ansätzen mit unmittelbarer, realer Entwicklungsdividende für die Bevölkerung des Inselstaates suchen.
- Die Menschenrechtsbilanz der Regierung Rajapakse ist äußerst negativ. Die Pressefreiheit existiert de facto nicht, Journalisten werden ermordet oder verschwinden auf unerklärliche Art und Weise. Die Aufklärung von Verbrechen findet meist nicht statt. Der Rechtsstaat existiert nur noch rudimentär. Noch immer warten 82.000 Kriegsvertriebene in Lagern im Nordosten der Insel auf die Rückführung in ihre Heimdörfer.
- Das marode Bildungssystem und die Aussichtslosigkeit trotz Ausbildung eine Arbeit zu finden, haben zur Folge, dass 50 Prozent der sri-lankischen Jugendlichen das Land verlassen wollen.
- Sri Lankas Schulden belaufen sich mittlerweile auf 104 Prozent des BSP. Der Internationale Währungsfond hat seine Zahlungen eingestellt, das Zollpräferenzabkommen mit der Europäischen Union, GSP+, wurde wegen konstanter Menschenrechtsverletzungen von der europäischen Seite aufgekündigt. Nur wenn das Land einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, kann es seine Schulden zurückzahlen. Vor diesem Hintergrund setzt Präsident Rajapakse vorrangig auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Für die tamilische Minderheit gibt es wenig Hoffnung auf das »Kleine Wunder von Asien« (Wahlkampfeslogan der Präsidentenpartei), weil ihre politische Integration auch ein Jahr nach Kriegsende ausbleibt. Der Friede ist weiterhin fragil und damit auch die Zukunftsaussicht des Landes.

## 1. Die Rajapakses – eine Familie im Dienste Sri Lankas?

Die Geschichte der jungen Rajapakse-Dynastie beginnt in den 1950er Jahren mit dem Vater des heutigen sri-lankischen Präsidenten, Don Alwin Rajapakse, und dessen Bruder, D.A. Rajapakse, die direkt nach der Unabhängigkeit im Windschatten der alten Bandaranayke-Dynastie in politische Ämter gewählt wurden. Die Bauernfamilie Rajapakse gehört der Kaste der Farmer an, der Govigama, die bisher – mit einer einzigen Ausnahme – alle Premierminister bzw. Präsidenten des Landes stellte. Aber im Unterschied zu ihren Vorgängern stammen die Rajapakses aus dem Süden des Landes, dessen Bevölkerung als besonders gewitzt, einnehmend und durchsetzungsfähig gilt. Der zweite Sohn von Don Alwin Rajapakse, Mahinda Rajapakse, ist der erste Präsident aus dem ländlich-buddhistisch geprägten Süden.

Besonders seit den erfolgreichen Präsidentschaftswahlen im November 2005 ging es für die Familie Rajapakse aufwärts. Vor allem seit dem militärischen Sieg über die zu Kriegsbeginn mächtige Terrorarmee *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) und weil die Terrorakte gegen die Bevölkerung seither ausbleiben, stieg die Popularität der Regierung Rajapakse in ungeahnte Höhen. In einem letzten Versuch, das Blatt noch einmal zu wenden, bauten die größte Oppositionspartei, *United National Party* (UNP), und die extremistische und pseudo-marxistische Partei, *Janatha Vimukthi Peramuna* (JVP), den im Kampf gegen die LTTE erfolgreichen Militärgeneral und ehemaligen Stabschef der srilankischen Streitkräfte, Sarath Fonseka, zu ihrem Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen Ende Januar 2010 auf. Obwohl diese Kandidatur erhebliche Turbulenzen in der politischen Arena Sri Lankas auslöste, konnte der amtierende Präsident Rajapakse einen klaren Sieg verbuchen. Er setzte dem nationalliberalen UNP-Bündnis die *United People's Freedom Alliance* (UPFA) entgegen, ein Bündnis eher links gerichteter Parteien, zu dem neben seiner *Sri Lanka Freedom Party* (SLFP) die *Jathika Nidahas Peramuna* (JNP) und alte Linksparteien wie die *Lanka Sama Samaja Party* (LSSP) und die *Communist Party* zählen. Hinzu kamen tamilische Parteien wie der *Ceylon Workers' Congress* (CWC), die *Upcountry Peoples' Front* (UPF) und die *Elam Peoples' Democratic Party* (EPDP). Direkt nach der Wahl ließ Rajapakse seinen Konkurrenten Fonseka wegen angeblicher Vergehen während seiner Militärzeit festnehmen. Den inhaftierten Fonseka erwartet ein wahrscheinlich endloser Militärgerichtsprozess.

## Opposition in tiefer Krise: keine Alternative zu Rajapakse

Auch wenn Rajapakse mit der Verhaftung des UNP-Präsidentschaftskandidaten Fonseka dem Parteivorsitzenden der UNP, Ranil Wickremesinghe, im Grunde einen parteiinternen Konkurrenten aus dem Weg räumte, war die Botschaft für die Opposition nach der Präsidentschaftswahl klar: Desillusioniert, führungslos, uneinig und isoliert konnte sie dem Machtapparat der Rajapakses nichts entgegensetzen. Es herrschte Ratlosigkeit und Chaos bei der UNP, was in der Öffentlichkeit Zweifel über deren Regierungsfähigkeit aufkommen ließ. Als sich schließlich noch die tamilischen Minderheitsparteien und die JVP entschlossen, jeweils allein in den Wahlkampf zu ziehen, war der Weg für einen noch deutlicheren Sieg Rajapakses bei den Präsidentschaftswahlen frei. Denn auch die zunehmend führungslose UNP war für viele keine wählenswerte Alternative zu Rajapakses UPFA. Die Einführung des Parteivorsitzes auf Lebenszeit durch den damaligen und derzeitigen Parteivorsitzenden hat die innerparteiliche Demokratie weitgehend ausgehöhlt und macht heute ihre Erneuerung fast unmöglich. Die UNP agiert weitgehend losgelöst von den Wählern im Land und konzentriert sich sehr stark auf die Englisch sprechende Elite in der Hauptstadt. Währenddessen lebt die Wählerbasis Rajapakses auf dem Land, wie 70 Prozent der Sri LankerInnen. Dort hilft die englische Sprache nur sehr bedingt weiter und die vorwiegend singhalesischen Zeitungen gelten in ihrer Berichterstattung als regimeneutral. In den ländlichen Gebieten rekrutierte Rajapakse auch die Soldaten für seinen Krieg gegen die LTTE. Die ländliche Bevölkerung stellt folglich keine UNP-Wählerbasis dar, aber selbst in den Städten erodiert die UNP-Wählerschaft immer mehr, weil die Menschen Rajapakse überaus dankbar für die Beendigung des Terrors sind.

Vor diesem Hintergrund platzierte Rajapakse die Neuwahl des nationalen Parlamentes geschickt und es war ein Leichtes, den Präsidenten und seine Kandidaten als eine großartige Mannschaft darzustellen, welche die Nation zu neuen Ufern führen würde. Dementsprechend ging aus den Parlamentswahlen im April 2010 die herrschende Parteien-Allianz unter Rajapakse mit fast zwei Dritteln der 225 Sitze als die große Siegerin hervor. Danach rutschte die UNP noch tiefer in die Krise. Aber an einen freiwilligen Rücktritt mag Ranil Wickremesinghe immer noch nicht denken, und einen überzeugenden Nachfolger hat er

– ganz in sri-lankischer Tradition – auch nie aufgebaut. Die kleineren Parteien, die sich Rajapakse bisher noch nicht angeschlossen haben, zeigen die Neigung, ins Regierungslager zu wechseln. Rajapakse weiß sie virtuos mit »Zuckerbrot und Peitsche« an sich zu binden. So steht außer Zweifel, dass die notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament nur eine Frage von drei oder vier neuen Ministerämtern und materiellen Vergünstigungen in Gestalt steuerfrei importierter Geländewagen für Oppositionelle sein wird. Damit wäre der Weg frei, radikale Einschnitte in die Verfassung zu tätigen.

### Blanko-Ermächtigung für Staatsreform

Dem Rajapakse-Regime ist es gelungen, aus seiner Popularität bei der Bevölkerungsmehrheit erhebliches politisches Kapital in Form von ausufernder exekutiver und legislativer Macht zu schlagen. Man hatte schon nach der Wahl 2005 damit begonnen, dieses Bollwerk systematisch aufzubauen. Nach den jeweiligen Wahlen, erhielten Rajapakses Parteigänger die volle Kontrolle über alle acht funktionierenden Provinzparlamente<sup>1</sup> und über den überwiegenden Teil der Kommunen im Land.

Erklärtes Ziel der neuen und alten Regierung Rajapakse ist es, die zweifellos entstehende Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen zu nutzen. Aber weder Regierung noch Opposition haben Reformkonzepte oder konkrete Pläne während des Wahlkampfes thematisiert, geschweige denn öffentlich erörtert. So verlangte und erhielt Rajapakse von der Bevölkerung Sri Lankas eine Blanko-Ermächtigung für eine unbekannte Reform-Agenda. Zu erwarten ist unter anderem die Wiedereinführung des »first-past-the-post«-Wahlsystems (einfaches Mehrheitswahlrecht) auf nationaler und Provinzebene, womit die regional siegreiche SLFP ihre Macht weiter ausbauen und kleine Parteien ausschalten könnte. Zu erwarten ist auch eine zweite Kammer zur Überprüfung der Parlamentsentscheidungen in ihren Auswirkungen auf Minderheiten und die Provinzregierungen. Über ihre Legitimation und darüber, wer die Zusammensetzung dieser zweiten Kammer bestimmt, gibt es bisher keinerlei Informationen, was wiederum Raum für Vermutungen zulässt.

1. Provincial Councils entsprechen in etwa regionalen Regierungen. In der Nordprovinz haben Neuwahlen bisher noch nicht stattgefunden. Es gibt auch keine offizielle Stellungnahme vonseiten der Regierung, wann diese durchgeführt werden sollen.

Anzunehmen ist außerdem, dass Rajapakse versuchen wird, den in der 17. Änderung der Verfassung vorgesehenen Verfassungsrat – mit der Aufgabe, eine neue Verfassung zu entwickeln – der Kontrolle der übrigen Parteien zu entziehen. Ohne Zweifel wird er auch die Mitglieder des Verfassungsrates ernennen und damit den Inhalt der neuen Verfassung weitgehend bestimmen. Rajapakses wichtigstes Ziel ist es dabei, seine fortwährende Wiederwahl und den Machtanspruch der Familie zu sichern. Sri Lanka soll das ökonomische Wunder Asiens werden, und Wunder erfordern eben mehr als zwei Amtszeiten, so argumentiert die Regierung Rajapakse unverhohlen.

### Unkontrollierter Zentralstaat im Ausbau

Strategisch zielbewusst vermied die Regierung Rajapakse auch hartnäckig die Einführung einer demokratischen Kontrolle der Exekutive. Sie argumentiert, ein Verfassungsrat mit der Aufgabe, wichtige Regierungsposten zu vergeben, käme einer Aushebelung des Wählerauftrages gleich, so dass sie sich eine entsprechende Personalpolitik vorbehalte. Die Wählerinnen und Wähler hätten schließlich die Möglichkeit, die Regierung bei den nächsten Wahlen abzuwählen.

Der sri-lankischen Zivilgesellschaft – der einzig vorstellbaren außerparlamentarischen Opposition – gelang es nicht, genügend Kräfte gegen den Machtanspruch des Clans zu mobilisieren. Mangelnde Kenntnisse und fehlendes Bewusstsein für Rajapakses Schachzüge aufseiten der Bevölkerung, die Zurschaustellung politischer Nebenschauplätze und die Einschüchterung der Oppositionsparteien ließen die Verfassungsfrage in Vergessenheit geraten.

Auch die Ernennung des Kabinetts und die Bündelung von mindestens zwei Dritteln des Budgets in den Händen der Rajapakse-Brüder zeigt deren tiefes Misstrauen gegenüber jedweder Machtteilung selbst gegenüber Parteigenossen. Mahinda Rajapakse erhielt neben dem Präsidentenamt die Ministerien Verteidigung, Finanzen, Verkehr, Häfen und Flughäfen, sein Bruder Gothabaya wurde wieder Verteidigungsstaatssekretär und Bruder Basil ist nun Aufbauminister. Mahindas 22-jähriger Sohn Namal, heute Abgeordneter im neuen Parlament, wird ebenfalls als aussichtsreicher Kandidat für ein Ministeramt gehandelt und wartet auf die Ernennung durch seinen Vater. Mahinda Rajapakses älterer Bruder Chamal

wurde mit Hilfe der Opposition zum Parlamentssprecher gewählt. Damit ist ein parlamentarisches Absetzungsverfahren als Ultima Ratio gegen den Präsidenten nicht mehr möglich, weil sein Bruder Chamal dieses einleiten müsste. Das Prinzip der gegenseitigen Kontrolle von Regierung und Opposition ist damit außer Kraft gesetzt und Fairness in der politischen Auseinandersetzung unmöglich gemacht. Die Staatsmacht wird auf dem Rücken der Wählerinnen und Wähler immer weiter zentralisiert. Dass die Rajapakses dabei Sri Lanka zu ihrem »Familienunternehmen« machen, gilt im Land als Binsenweisheit. Obgleich niemand den Brüdern und ihrer Familie eine tatsächliche Bereicherung von Amts wegen nachweisen konnte oder auch wollte, gilt es als gesichert, dass die Familie ihre finanziellen Interessen zu sichern weiß. Angesichts der strategischen Aufstellung der Familie, vor allem in solchen Ressorts, in denen der höchste Umsatz zu erwarten ist (Infrastruktur, Tourismus, Finanzen, Verkehr, Verteidigung), ist anzunehmen, dass zumindest die bei solchen Summen üblichen »Kickbacks« ihren Weg in die Taschen der Familie finden werden.

### Tamilen in Sri Lanka: Assimilation statt politischer Lösung

Direkt nach der militärischen Zerschlagung der LTTE im Mai 2009 erklärte Rajapakse mit Blick auf die Integration der tamilischen Bevölkerungsminderheit, dass schnelle politische Lösungen notwendig seien, die von Sri Lanka selbst entwickelt wurden und für alle Teile der Bevölkerung annehmbar sind.

Mittlerweile ist über ein Jahr verstrichen, ohne dass eine konstruktive Debatte über die politische Lösung des ethnischen Konflikts aufseiten der Regierung geführt worden wäre. Unter dem Vorwand, ein Mandat für ein derartiges Vorhaben zu benötigen, verschob die Regierung die notwendigen Schritte auf die Zeit nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2010; bei dieser Rhetorik ist es bisher geblieben. Offensichtlich will die Regierung den Einfluss der tamilischen Minderheit auf ein Minimum reduzieren, bevor erste Vorschläge veröffentlicht werden. Auch das Prinzip der »Devolution«, seit Dekaden als Machtverteilung zugunsten der Regionen diskutiert und im Prinzip für überfällig erachtet, wird in ein Entwicklungsprojekt für die Kommunen umdefiniert. Der »Schmusekurs«, den die verbleibende Alt-Herrenriege der größten Partei der Tamilen, die *Tamil National*

*Alliance* (TNA), der Regierung bereits mehrfach angeboten hat, erweckt unter den heute gegebenen Bedingungen eher den Anschein einer forcierten Assimilation der Tamilen als eine politische Integration der Minderheit.

## 2. Menschenrechtspolitik für Sri Lanka

Die Menschenrechtsbilanz der Rajapakse-Regierung ist sehr negativ. Kritische Journalisten werden bedroht, eingeschüchtert, verschwinden oder werden auf offener Straße unter den Augen der Regierung brutal ermordet. Pressefreiheit existiert in Sri Lanka nicht mehr. Der während des Parlamentswahlkampfes als verschollen gemeldete Journalist Prageeth Eknaligoda wurde nie ernsthaft gesucht, ein weiterer Journalist von einem Polizisten öffentlich verprügelt. Überdies wurde das Medienministerium mit dem ehemaligen Militärsprecher Keheliya Rambukwella besetzt.

Darüber hinaus befinden sich noch immer 82.000 Menschen im Nordosten der Insel in Lagern und können nicht in ihre Dörfer zurückkehren, weil weder die notwendige Entminung der landwirtschaftlichen Flächen schnell genug vorankommt noch genügend Geld für die Rück siedler bereitgestellt wird. Auch der Ausnahmezustand wurde nach der Parlamentswahl weiter verlängert. Eine imaginäre, weiterhin bestehende Bedrohung durch die LTTE wird als Begründung für den Ausbau des Polizei- und Militärstaates instrumentalisiert.

### Sich den Tatsachen stellen

Wenn es hier zu positiven Veränderungen kommen soll, muss die internationale Gemeinschaft unter strategischen Gesichtspunkten handeln. Erneut zu versuchen, Menschenrechtsverletzungen der Rajapakse-Regierung durch den UN-Menschenrechtsrat verurteilen zu lassen, wäre nicht nur abermals vergeblich, sondern würde im Land eher eine Solidarisierung unter den Singhalesen, aber auch eine erneute Polarisierung zwischen Singhalesen und Tamilen nach sich ziehen. Denn auch die UNP hat mit der Aufstellung des ehemaligen Generals Fonseka als Präsidentschaftskandidat ihre positive Einstellung zum »Krieg gegen den Terror« zu verstehen gegeben.

Auch das an der geopolitischen Balance interessierte Indien würde ein solches Vorgehen ablehnen<sup>2</sup>, ebenso wie China und Russland dies bereits im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen getan haben. Einseitig verhängte Wirtschafts- und Entwicklungshilfe-Embargos hätten ebenso wenig Aussicht auf Erfolg. Denn angesichts der bereitwilligen finanziellen Unterstützung Sri Lankas durch seine neuen (und teilweise alten) Freunde, wie Dmitri Medwedew (er schenkte Rajapakse eine Krone), Hu Jintao (er baut Rajapakse das neue Staatstheater in Colombo und einen Großhafen in seiner Heimatstadt), Mahmud Ahmadinedschad (er hat ein zinsgünstiges Großdarlehen in Aussicht gestellt) oder Muammar al-Gaddafi (er lud Rajapakse zu seinem Geburtstag ein) relativiert sich dieses Instrument doch sehr. Ganz im Gegenteil, eine Embargopolitik würde den nationalistischen Kräften im Land weiter Aufwind verleihen.

### Praktikable Politikansätze gefragt

Es ist also notwendig, die zahlreichen Verletzungen von Menschenrechten von einer praktischen, realistischen Seite zu betrachten. Der Westen könnte vor allem das traditionell gute Verhältnis Indiens zu Sri Lanka nutzen und die Regierung in Delhi darin unterstützen, auf einen dauerhaften Frieden in Sri Lanka hinzuwirken: Indien verlangt immer wieder eine politische Lösung des ethnischen Konflikts in dem benachbarten Inselstaat. Zum einen ist Indien für Sri Lanka von überragender strategischer Bedeutung, zum anderen ist Indien selbst an einem Aussöhnungsprozess Sri Lankas mit seiner tamilischen Minderheit und der Beseitigung der Kriegsfolgen im Inselstaat hoch interessiert. Denn Sri Lankas Tamilen pflegen intensive Bindungen mit ihrer Herkunftsregion, dem südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, der immer wieder eine wichtige Rolle beim Machterhalt der Kongresspartei spielte. Die wiederum guten Beziehungen Indiens mit dem Westen böten diesem die Möglichkeit der indirekten, effizienten Einflussnahme auf eine friedliche Entwicklung in Sri Lanka.

Rajapakse und den gleichgeschalteten Medien ist es gelungen, die große Mehrheit der Bevölkerung davon zu überzeugen, dass das Zollpräferenzabkommen der Europäischen Union, das sog. GSP+ (*Generalised System*

*of Preferences Plus*), ein Beleg übertriebener Menschenrechtsforderungen als Instrument für das hegemoniale Machtstreben Europas ist. Vor dem Hintergrund dieser geschürten Ressentiments gegenüber der europäischen Politik in diesem Politikfeld ist es ratsam, die Frage der Menschenrechte vorrangig an weniger sensible Themen, wie Arbeitnehmerrechte, zu knüpfen. Über höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen sowie die Stärkung der Arbeitnehmerrechte in den vom GSP+ betroffenen Sektoren (v.a. Textil, Elektronik) könnte ein spürbarer, breiter Effekt erzielt werden, der das europäische Wirken im Land auch bei der Bevölkerung positiv besetzen würde; nicht zuletzt, weil der Übergang von der Beachtung von Arbeitnehmerrechten zur Anerkennung grundlegender Menschenrechte fließend ist. Eine konstruktive Diskussion über die Verwirklichung von Arbeitnehmerrechten wäre ein positiver Anreiz, sich nach und nach auch sensibleren Bereichen zuzuwenden, um dort ebenfalls nachhaltige Gewinne für Staat und Gesellschaft zu realisieren.

### Land ohne Kindheit – bald Land ohne Kinder?

Kinderrechte und die Rechte Jugendlicher, die integrale Bestandteile der international anerkannten Menschenrechtsstandards sind, werden landesweit durch eine falsche Bildungspolitik mit Füßen getreten. Das sri-lankische Bildungssystem ist durch Korruption und Politisierung derart erodiert, dass Schülerinnen und Schüler staatlicher Schulen nicht in der Lage sind, die staatlichen Examina auf der Basis des staatlich erteilten Unterrichts zu bestehen. Kostspieliger und zeitaufwendiger Nachhilfeunterricht durch eben jene Lehrer, die den staatlichen Unterricht haben erodieren lassen, ist ab dem zweiten Schuljahr seit Jahrzehnten gängige Praxis. Die Kinder müssen einen zehn bis 15-Studentag in Bussen, Schulen und Massenauditorien und zusätzlich Hausaufgaben bewältigen. Doch auch nach einem erfolgreichen Schulabschluss gibt es kaum passende Arbeitsplätze. Außerdem ist der Lernstoff nicht auf die Erfordernisse der Wirtschaft ausgerichtet. Erschwerend kommt hinzu, dass die sri-lankische Wirtschaft selbst nicht in der Lage ist, neue Jobs außerhalb der traditionellen Exportwirtschaft entstehen zu lassen. So macht sich der nahezu unzumutbare Schulalltag für die Absolventen nicht bezahlt, weil sie nachher in der Regel als Handlanger oder als Tuk-Tuk-Fahrer niedrigst bezahlte Arbeit annehmen müssen. Dass diese Jugendlichen für die Propaganda

2. Lt. Gopinathan Achamkulangare, dem indischen Gesandten im UN-Menschenrechtsrat (UNHRC), Genf am 04.06.2009.

Rajapakses empfänglich werden und zu Gewaltbereitschaft neigen, ist nachvollziehbar, aber stellt die größte Hypothek für Sri Lankas Zukunft dar. Nach jüngsten unabhängigen Umfragen wollen 50 Prozent der Jugendlichen das Land verlassen, 30 Prozent davon für immer.

### 3. Die Wirtschaft

Unter Rajapakse intervenierte der Staat bisher in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheit, Erziehung, Beschäftigungsförderung und Agrarentwicklung. Insolvente Privatbetriebe mit zentraler Bedeutung für die Ökonomie des Landes wurden verstaatlicht, Preise und Löhne staatlich festgelegt und u.a. im öffentlichen Dienst 17.000 Stellen für Schul- und Universitätsabsolventen geschaffen. Auch unter der Ägide des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) scheint die Regierung an diesen Prinzipien festzuhalten, auch wenn die daraus resultierenden Staatsausgaben weit über der vom IWF festgelegten Größenordnung liegen. Zunächst bewahrte der IWF Sri Lanka mit einem Stand-By-Darlehen von 2,6 Milliarden US-Dollar Mitte 2009 vor der Staatspleite. Aufgrund der weiterhin hohen Staatsausgaben Sri Lankas hat der IWF die weiteren Zahlungen im April 2010 eingestellt. Die IWF-Untersuchungskommission konnte im Mai zwar feststellen, dass sich Sri Lankas Währungsreserven gut entwickelt haben und auch die Zahlungsbilanz akzeptabel ist, doch musste sie nach wie vor ein Budgetdefizit von 9,75 Prozent – 2,75 Prozent über dem IWF-Limit – feststellen.

#### Ausufernde Staatsausgaben und Schulden – Die Wette auf den Boom

Die überaus hohen Staatsausgaben während Rajapakses erster Amtszeit resultierten vor allem aus den Kriegslasten sowie einer Vielzahl von großen Infrastrukturprojekten und aus dem Wiederaufbau im Norden und Osten des Landes. Vor allem mit geliehenem Geld durchgeführt, konnten diese Staatsprojekte auch bei zurückgehender privatwirtschaftlicher Aktivität und zu Kriegszeiten ein wirtschaftliches Wachstum von rund sechs Prozent erzeugen. Weil die meisten dieser Projekte fertiggestellt werden und das Ende des Krieges weitere Entwicklungskräfte freigesetzt hat, erwartet Rajapakse nun steigende Einnahmen aus diesen Projekten, die die Abtragung des immensen Schuldenberges (104 Prozent des BSP) ermöglichen sollen.

Die Friedensdividende in der Tourismusbranche zeigt sich in der steigenden Zahl der Touristen in den letzten Monaten. Doch der Regierung ist ohne Zweifel bewusst, dass Menschen weltweit bei ihrer Reiseplanung hochsensibel für die Gefahr von Terroranschlägen sind. Den Frieden im Land zu bewahren ist damit höchstes Ziel der Regierung Rajapakse.

#### Verlust des GSP+

Die EU hat im März 2010 die Aufhebung der Aussetzung des Einfuhrzolls auf rund 7.000 Produkte aus Sri Lanka (GSP+) wegen andauernder Menschenrechtsverletzungen beschlossen. Bis dahin ist es zwar mit dem GSP+ in Sri Lanka gelungen, rund 170.000 Arbeitsplätze zu schaffen, aber der beabsichtigte *Trickle Down*-Effekt auf die Löhne der Arbeiter hatte nicht eingesetzt. Noch immer arbeitet das überwiegend weibliche Personal in Sonderwirtschaftszonen für rund 80 bis 90 Euro im Monat, sechs Tage die Woche und zehn bis zwölf Stunden täglich. Die Unterbringung dieser Arbeiterinnen und Arbeiter aus den ländlichen Gegenden Sri Lankas erinnert an Arbeitshäuser aus der Frühzeit der europäischen Industrialisierung. Und dies, obwohl sich die Produktivität der Bekleidungsindustrie seit Beginn des GSP+ weit mehr als verdoppelt hat. So werden sogar Stimmen laut, die die Bedeutung dieser Zollerleichterungen für die Exportindustrie relativieren wollen. Offensichtlich haben vor allem die großen Investoren und mit ihnen die beteiligten acht bis zehn sri-lankischen Familien die Ausbeutung ihrer Arbeitnehmer und die Zollfreiheit zumindest zum Teil für Investitionen genutzt, so dass der Wegfall von rund sechs Prozent Preisvorteil – natürlich unter Beibehaltung der Niedriglöhne – verschmerzt werden kann.

#### Fazit: Unsichere Zukunftsperspektiven

Insgesamt fehlt der Regierung nach wie vor eine klare Vision und Strategie für die Diversifizierung der vor allem auf der Exportwirtschaft und Arbeitsmigration fußenden Ökonomie des Landes. Öffentlich wird zwar ein radikaler Umschwung auf den Dienstleistungssektor verkündet, doch vor dem Hintergrund der desaströsen Bildungspolitik des Landes wird ein produktiver Dienstleistungssektor in absehbarer Zukunft ein Wunschtraum bleiben. Von der bisher fehlenden Aussöhnungspolitik mit den tamilischen Minderheiten geht auch die Gefahr ei-



nes neuen Sezessionskrieges aus, den Staat und Gesellschaft Sri Lankas weder sozial noch ökonomisch überstehen würden. Danach hätte das Land keine Chance mehr, seinen Platz unter den asiatischen Wachstumsnationen einzunehmen, der ihm schon im Laufe des letzten Konfliktes abhanden gekommen war. Grundsätzlich kann die Familie Rajapakse vor dem Hintergrund ihrer Zweidrittelmehrheit im nationalen Parlament das Land sowohl in einen allgemeinen Aufschwung führen als auch ein neues wirtschaftliches, politisches und soziales Desaster auslösen. Unter diesen Bedingungen ist es wichtig, die aufgeklärten Entscheidungsträger

und ihre Berater im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft und in den Nicht-Regierungs-Organisationen sowie in den Parteien und in den Medien als letztes Korrektiv der autokratischen Politik des Rajapakse-Clans so weit wie möglich auszubilden, zu vernetzen, zu fördern und zu schützen. Wenn die Zivilgesellschaft in die Zuschauerrolle abgedrängt werden kann - und das ist in der sri-lankischen Geschichte schon zweimal geschehen - kann die Zweidrittelmehrheit in den Händen einer rücksichtslosen Familiendynastie zu sozialen und ökonomischen Schäden und zu einem weiteren Bürgerkrieg führen, von dem sich Sri Lanka kaum wieder erholen würde.



### Über den Autor

**Joachim Schlütter** ist seit 2007 Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sri Lanka.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Daniel Reichart, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: ++49-30-269-35-7451 | Fax: ++49-30-269-35-9211  
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt hier:  
[Ingo.Schafhausen@fes.de](mailto:Ingo.Schafhausen@fes.de)